

UNTERRICHTUNG

durch die Landesregierung

**Konzept für die Regionalzentren für demokratische Kultur
in Mecklenburg-Vorpommern – 2. Fortschreibung**

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Einleitung	3
1. Grundlagen der Arbeit zur Stärkung von Demokratie und Toleranz	3
2. Fortschreibung des Regionalzentrumskonzepts	4
II. Gesellschaftliche und politische Herausforderungen für die Demokratie	5
III. Landesweites Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern	8
IV. Regionalzentren für demokratische Kultur	10
1. Rolle und Aufgaben der Regionalzentren	10
2. Ziele und Kriterien des Handelns der Regionalzentren	11
3. Arbeitsschwerpunkte der Regionalzentren für demokratische Kultur	12
3.1 Bereitstellung eines professionellen Beratungsangebotes	12
3.2 Organisator und Impulsgeber der regionalen Zusammenarbeit	16
3.3 Thematische Expertise der Regionalzentren für demokratische Kultur	17
4. Ressourcen der Regionalzentren für demokratische Kultur	18
5. Standorte der Regionalzentren für demokratische Kultur	19
6. Trägerschaft, Personal- und Kostenplanung	21
7. Öffentlichkeitsarbeit	22
8. Koordinierung und Steuerung durch die Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz in der Landeszentrale für politische Bildung	23
9. Qualitätssicherung	25
Abkürzungsverzeichnis	26

I. Einleitung

1. Grundlagen der Arbeit zur Stärkung von Demokratie und Toleranz

Das am 6. April 2006 vom Landtag verabschiedete Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ (Drucksache 4/2169) war Ausdruck des gemeinsamen Willens der damals im Landtag vertretenen Fraktionen, Mecklenburg-Vorpommern nach den Grundprinzipien von Demokratie und Toleranz zu entwickeln und Rechtsextremismus, Antisemitismus, Gewalt und Rassismus einzudämmen. Nach den Landtagswahlen in den Jahren 2006, 2011, 2016 und 2021 haben auch die neu im Landtag vertretenen demokratischen Fraktionen das Programm mitgetragen.

Das Landesprogramm ist die Grundlage für Maßnahmen und Aktivitäten, die den Zusammenhalt in unserer pluralen Gesellschaft stärken, das Verständnis für demokratische Prozesse fördern, Menschen in das Gemeinwesen einbinden sowie antidemokratischen Bestrebungen begegnen. Zentraler Bestandteil der Umsetzung – neben vielen weiteren Beratungsprojekten im Land – sind die Regionalzentren für demokratische Kultur.

Mit der Fortschreibung des Landesprogrammes „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ vom 23. September 2019 (Drucksache 7/3418) sowie der Umsetzungsstrategie vom 2. März 2021 (Drucksache 7/5887) erfolgte eine Anpassung an die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Erfordernisse und Entwicklungen im Land Mecklenburg-Vorpommern. In der Strategie der Landesregierung zur Umsetzung des Landesprogrammes wurden 170 Maßnahmen aus allen Ressorts der Landesregierung benannt, die der Umsetzung der Ziele des Landesprogrammes dienen. Die Umsetzungsstrategie wird hinsichtlich der geplanten Maßnahmen weiter fortgeschrieben.

Bereits mit dem Kabinettsbeschluss 71/07 „Konzept zur Einrichtung von Regionalzentren für demokratische Kultur“ (Regionalzentrumskonzept) hat die damalige Landesregierung den Grundstein für die Einrichtung der fünf Regionalzentren für demokratische Kultur gelegt. Seit Juni 2007 arbeiten diese im Auftrag des Landtages und der Landesregierung unter Berücksichtigung der rechtlichen Eigenständigkeit ihrer Träger auf der Grundlage des Landesprogrammes „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ und des Regionalzentrumskonzeptes. Eine erste Fortschreibung des Konzeptes erfolgte am 19. August 2014 (Drucksache 6/3209).

Gemäß dem Landtagsantrag (Drucksache 7/1130) vom 4. Oktober 2017 sowie gemäß dem Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ (Drucksache 7/3418) vom 23. September 2019 wurde folgendes festgeschrieben: „Die Regionalzentren für demokratische Kultur sind eine wesentliche Säule zur Umsetzung des Landesprogrammes. Sie werden sich den wandelnden gesellschaftlichen Entwicklungen stellen und entsprechend wachsender und wechselnder Herausforderungen und Nachfragen immer wieder neu ausrichten. Dazu wird das ihrer Arbeit zugrundeliegende Regionalzentrumskonzept angepasst und fortentwickelt.“

Im Koalitionsvertrag für die 8. Legislaturperiode (2021 bis 2025) haben sich die Regierungsparteien für eine langfristige Absicherung der Arbeit des Beratungsnetzwerkes Demokratie und Toleranz und insbesondere der Regionalzentren für demokratische Kultur ausgesprochen. Es wurde betont, dass die Regionalzentren für die Koalitionspartner wichtige Kooperationspartner zur Unterstützung eines demokratischen Gemeinwesens waren und sind.

Folgende von der Landesregierung verfolgten strategischen Ziele im Rahmen der Umsetzung des Landesprogrammes „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ sind für die Arbeit der Regionalzentren für demokratische Kultur maßgeblich:

1. Wissen über demokratische Strukturen und Handlungsweisen wird vermittelt und Schlüsselkompetenzen werden gestärkt.
2. Die Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen wird ausgebaut.
3. Verwaltungen und öffentliche Einrichtungen werden in ihrer Verantwortung gestärkt und sind sich der Auswirkungen ihres Handelns auf das demokratische Gemeinwesen bewusst.
4. Die demokratische, offene und vielfältige Gesellschaft wird verteidigt und demokratiefeindlichen Einflüssen und Aktivitäten konsequent entgegengetreten.

Darüber hinaus arbeiten die Regionalzentren für demokratische Kultur eng mit den Einrichtungen zusammen, die dem Ziel dienen, vor Diskriminierung, Bedrohung und Gewalt zu schützen, und die wirksame Unterstützung von Betroffenen sichern.

2. Fortschreibung des Regionalzentrumskonzepts

Die Regionalzentren für demokratische Kultur wurden im Jahr 2007 nach dem wissenschaftlichen „Gutachten zur Umsetzung der Bundesprogramme und des Landesprogrammes für Vielfalt, Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern“ (2007) eingerichtet. Die Empfehlungen aus dem Gutachten der Universitäten Rostock und Greifswald bildeten die Grundlage für das Regionalzentrumskonzept. Der Aufbau der Regionalzentren wurde in den Jahren 2007 bis 2010 wissenschaftlich begleitet.

Die Umsetzung des Landesprogrammes und hier insbesondere die Arbeit der fünf Regionalzentren für demokratische Kultur wird zu wesentlichen Anteilen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Zur Wirksamkeit des Einsatzes der ESF-Mittel zur Stärkung von Demokratie und Toleranz wurde deshalb im Jahr 2019 eine Evaluierung der Regionalzentren durchgeführt. Im Ergebnis der Evaluation wurden insbesondere Schärfungen hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen den Regionalzentren und die Etablierung einer Dachmarke der Regionalzentren als landesweites Angebot, die Erhöhung der Erkennbarkeit und Sichtbarkeit der Angebote sowie die Stärkung der regionalen Vernetzung empfohlen.

Um den Auftrag des Landtages hinsichtlich der Fortschreibung des Konzeptes umzusetzen, flossen die Ergebnisse dieser Evaluation sowie des im Jahr 2022 durchgeführten Beteiligungsprozesses in die Konzeptfortschreibung ein.

Ein Anpassungsbedarf ergibt sich auch aus den Veränderungen im gesellschaftlichen und politischen Umfeld, in dem die Regionalzentren arbeiten. Seit der Einrichtung der Regionalzentren 2007 sind weitere landesweite Beratungsstrukturen entstanden, die ebenfalls professionelle Angebote unterbreiten und strukturell in den Regionen verankert sind. Vor diesem Hintergrund soll das besondere Profil der Regionalzentren für demokratische Kultur in der Beratungs- und Unterstützungslandschaft geschärft und weiterentwickelt werden. Die Fortschreibung des Konzeptes setzt deshalb weiterhin sehr stark auf die regionale und thematische Zusammenarbeit der Regionalzentren mit anderen Akteurinnen und Akteuren im Themenfeld, um mögliche Synergieeffekte zu identifizieren, Überschneidungen zu vermeiden und eine Rollenklarheit für die Regionalzentren sicherzustellen.

Insbesondere die Angebote an Schulen im Rahmen der demokratiepädagogischen Arbeit durch die Regionalzentren wurden fokussiert. Die Regionalzentren für demokratische Kultur unterstützen dabei Schulen im Rahmen der demokratischen Schulentwicklung mit konkreten Angeboten, dies jedoch in Ergänzung zu bereits bestehenden Beratungs- und Interventionsstrukturen des Landes, um den zwischenzeitlich gewachsenen Regelstrukturen im Schulbereich Rechnung zu tragen und Überschneidungen zu vermeiden.

II. Gesellschaftliche und politische Herausforderungen für die Demokratie

In diesem Kapitel werden insbesondere die Bedrohungslagen für die demokratische Landschaft und deren Akteure im Land beschrieben. Eine darüberhinausgehende allgemeinere Lagebeschreibung befindet sich im Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“.

Die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Jahren zum Teil signifikant verschoben, neue Herausforderungen für die demokratische Gesellschaft sind hinzugekommen.

Der Rechtsextremismus ist nach Einschätzung des Landesverfassungsschutzes weiterhin die größte Gefahr für die Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern. Neben der Nationaldemokratischen Partei Deutschland (NPD) und dem „III. Weg“ sind weitere rechtsextremistische Parteien und Bewegungen in Mecklenburg-Vorpommern aktiv. Es sind immer wieder neu entstehende regionale Zusammenschlüsse von Rechtsextremisten zu konstatieren. Gleichzeitig verlagern viele Rechtsextremisten ihre Aktivitäten und Agitationen in den virtuellen Raum, ohne hierbei realweltlich in Erscheinung zu treten. Sie treten dabei u. a. als militante Einzelpersonen auch ohne direkte Anbindung an rechtsextremistische Strukturen auf.

Weitere Herausforderungen im Bereich des Rechtsextremismus ergeben sich aus Teilstrukturen der Alternative für Deutschland (AfD). Die Jugendorganisation „Junge Alternative“ wird seit April 2023 als gesichert rechtsextremistische Bestrebung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz eingestuft. Die AfD ist seit dem Jahr 2016 im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vertreten und stellt die zweitstärkste Fraktion dar. Aufgrund der Nähe zu rechtsextremem Gedankengut und zur rechtsextremistischen Szene wird die Partei seit März 2021 vom Bundesamt für Verfassungsschutz als Verdachtsfall beobachtet.

Die „Identitäre Bewegung“ (IB) mit ihren Ortsgruppen ist fester Bestandteil rechtsextremistischer Bestrebungen in Mecklenburg-Vorpommern, unterscheidet sich als Teil der Neuen Rechten aber ideologisch von der ansonsten neonazistisch geprägten Szene des Landes. Dynamik, Reichweite und Attraktivität der „Identitären Bewegung“ entfalten insoweit innerhalb des rechtsextremistischen Lagers in Mecklenburg-Vorpommern allenfalls eine begrenzte Wirkung. Ohnehin sind sceneinterne Effekte nicht das angestrebte Ziel der IB. Sie setzt primär auf eine propagandistische Breitenwirkung. Dies geschieht durch die Aufbereitung von durchgeführten Aktionen in den sozialen Medien. Adressaten sind dabei vor allem jüngere Menschen.

Zu beobachten sind weiterhin Siedlungsbestrebungen. Daran beteiligt ist die wenig nach außen hin wahrnehmbare „Artgemeinschaft-Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V.“. Sie sieht sich als Religionsgemeinschaft, ist aber als eindeutig rassistische Struktur zu bewerten und bedeutsam für szeninterne Verflechtungsbemühungen. Anhängerinnen und Anhänger dieser Gruppierung betätigen sich häufig in der Landwirtschaft oder im Handwerk und werden daher vielfach als völkische Siedler bezeichnet. Diese lassen sich an verschiedenen Orten der ländlich geprägten Räume in Mecklenburg-Vorpommern nieder und versuchen, bestehende Strukturen zu unterwandern. Insbesondere Schulen und Kitas, aber auch Dorfgemeinschaften, Vereine, Gemeindevertretungen und die Zivilgesellschaft sind in Regionen, in denen völkische Siedlerinnen und Siedler leben, mit deren geschlossenem Weltbild und nationalsozialistischer Ideologie konfrontiert.

Die als eigener extremistischer Phänomenbereich eingestufte Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ lehnt die Legitimität und Souveränität der Bundesrepublik Deutschland ab, inklusive ihrer Rechtsordnung sowie ihrer Institutionen. Diese Ablehnung resultiert aus unterschiedlichen ideologischen Positionen, die sich teilweise stark voneinander unterscheiden und somit auch eine Zusammenarbeit der verschiedenen Strukturen bzw. Gruppierungen verhindern. Das Spektrum der Ansichten reicht von einem verschwörungsideologischen Weltbild über die völlige Ablehnung bis hin zu einem regelrechten Hass auf die Bundesrepublik. Es ist weiterhin eine Zunahme des Personenpotenzials festzustellen. Die Szene besteht hauptsächlich aus Einzelpersonen, die nicht organisiert sind, jedoch nimmt der Anteil der in Gruppen strukturierten „Reichsbürger und Selbstverwalter“ von Jahr zu Jahr zu. Ein Grund dafür dürfte vermutlich in der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Beschränkungen des alltäglichen Lebens gelegen haben, die viele Anhängerinnen und Anhänger in ihrem Unmut einte. Im Rahmen des aktuellen Protestgeschehens gelang es ihnen, eine Anschlussfähigkeit an Personen zu erreichen, die nicht der Szene angehörten und in den Narrativen der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ mögliche Lösungen für die sie bewegenden Probleme sahen. Ein geringer Anteil der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ kann auch dem Phänomenbereich des Rechtsextremismus zugerechnet werden, obwohl die Tendenz seit dem Jahr 2020 steigend ist. Überschneidungen lassen sich bei Themen erkennen, die den Gebiets- und Geschichtsrevisionismus betreffen, völkisches, nationalsozialistisches und antisemitisches Gedankengut enthalten. Laut Verfassungsschutzbericht gab es in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2022 670 „Reichsbürger“.

Die zuvor genannten antidemokratischen und rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen versuchen in unterschiedlichen strukturellen Zusammenhängen im Rahmen der von ihnen selbst so genannten „geräuschlosen völkischen Graswurzelrevolution“ auf gesellschaftlicher Ebene, sich Teilen der Gesellschaft als „Kümmerer“ anzudienen. Dies geschieht unter anderem durch Hilfsangebote (z. B. Beratungsangebote, Bürgersprechstunden, Kinderfeste, Mandate in Gemeindevertretungen), die häufig eher propagandistischen Zwecken dienen, als dass sie tatsächliche Relevanz entfalten konnten. Damit verbunden sind Bemühungen, sich im Rahmen eines vordergründig unpolitischen Engagements in etablierte Strukturen der Gemeinwesenarbeit und des zivilgesellschaftlichen Engagements einzubringen (u. a. Mitarbeit in Elternvertretungen, Teilnahme an Stadtfesten, Mitgliedschaft in gemeinnützigen Vereinen und Organisationen). Diese bereits im Konzept von 2014 beschriebene Problemlage stellt weiterhin eine große Herausforderung in den Gemeinden und Verwaltungen dar. Dabei spielt das Engagement im lokalen Raum durch einzelne Akteure eine besondere Rolle, in dem sich Rechtsextremisten als „heimatverbundene und für die Gemeinschaft aktive Menschen“ darstellen, um angeblich „Verbesserungen/Änderungen“ zu erreichen. Die rechtsextremistische Einflussnahme soll durch die Themenvielfalt verschleiert werden.

Ganz besonderer Aufmerksamkeit bedarf weiterhin die der rechtsextremistischen Ideologie innewohnende Gewaltorientierung. Sie führt auch hierzulande immer wieder zu schweren Straftaten und Anschlägen. Von großem Interesse sind für die rechtsextremistische Szene dabei sowohl der Erwerb von Waffen als auch Kampfsport und Überlebenstrainings. Vor diesem Hintergrund stehen die Prävention gegen den Rechtsextremismus, die Arbeit der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie der Opferschutz weiterhin großen Herausforderungen gegenüber.

Gesellschaft und Politik sind angesichts der Demokratiefeindlichkeit, die sich seit dem Jahr 2020 insbesondere im Rahmen der temporären Protestbewegungen gegen staatliche Maßnahmen beispielsweise im Zuge der Corona-Pandemie verstärkt zeigt, herausgefordert. Aktuelle Themen, die neben den staatlichen Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie in den Protesten aufgegriffen werden, sind u. a. seit Februar 2022 der Krieg in der Ukraine und die im Zuge des Krieges signifikant angestiegenen Energiekosten, die mit einer starken Kritik eines Teils der Bevölkerung am Handeln des Staates einhergehen. Aktuell nutzen auch die Rechtsextremisten, aber auch „Reichsbürger und Selbstverwalter“ und andere Verfassungsfeinde, die häufig keiner politischen Richtung eindeutig zuzuordnen sind, diese Protestbewegungen für propagandistische Zwecke, um das Vertrauen in die Regierung und die bestehende Ordnung der Bundesrepublik zu erschüttern. In diesem Zusammenhang wurde auch vermehrt zu Widerstandshandlungen gegen den Staat aufgerufen.

Besonders bedenklich ist in diesem Zusammenhang auch die anscheinend wachsende Resonanz auf Verschwörungserzählungen. Diese haben in den letzten Jahren und insbesondere im Zuge der Corona-Pandemie in den begleitenden Protestbewegungen zunehmend Raum eingenommen. Verschwörungserzählungen sind auch Ausdruck gesellschaftlicher Ressentiments und einer wachsenden Distanz spezifischer gesellschaftlicher Gruppen gegenüber demokratischen Institutionen und dem Rechtsstaat. Hinter vielen Verschwörungserzählungen wurden dabei antisemitische Vorurteile sichtbar. Auch bekennende Rechtsextremisten, Teile der Querdenkerbewegung oder „Reichsbürger und Selbstverwalter“ greifen auf verschwörungserzählerische Motive zurück, um ihre eigenen Überzeugungen zu transportieren.

Eine weitere, sich verstärkende Herausforderung für die Gesellschaft und die demokratischen Institutionen sind die Bedrohungslagen insbesondere für kommunale Mandatsträgerinnen und -träger sowie ehrenamtlich Engagierte, Mitarbeitende bei zivilgesellschaftlichen Trägern und Verantwortliche in Regelstrukturen, die sich durch verbale und konkrete Angriffe, Gewalt und Hass im Netz darstellen. Dies ist ein deutschlandweites Phänomen und auch in Mecklenburg-Vorpommern ein ganz konkretes Problem, dem mit Strafverfolgung, politischer Bildung und Prävention entgegengetreten werden muss.

Extremismus und Angriffe zeigen sich auch in Form von einer Zunahme von Hass und Hetze im Netz. Hier hat sich während der Corona-Pandemie sowohl die Verbreitung antisemitischer sowie verschwörungsideologischer Narrative verstärkt, als auch die rechtsextremistische Szene weiter vernetzt und radikalisiert. Die verbale Gewalt z. B. gegen Politikerinnen und Politiker hat dabei deutlich zugenommen.

Zunehmend zeigt sich darüber hinaus eine systematische Verunglimpfung und Verächtlichmachung des auf der freiheitlich demokratischen Grundordnung basierenden Staates und seiner Institutionen bzw. seinen Repräsentantinnen und Repräsentanten. In diesem Zusammenhang muss auch die Delegitimierung des Staates, einhergehend mit verstärkten Angriffen auf die Demokratie sowie die Bedrohung von Amts- und Mandatsträgern, als neues verfassungsschutzrelevantes Phänomen genannt werden. Damit soll das Vertrauen der Bevölkerung in diese Grundordnung erschüttert werden.

Neben den vorgenannten Tendenzen stellen aber auch bereits bekannte demokratiegefährdende Phänomenbereiche, insbesondere der Antisemitismus, Rassismus, Islamismus, Antifeminismus und Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung, eine kontinuierliche Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das demokratische Miteinander im Land dar und müssen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zurückgedrängt werden.

Jedoch müssen trotz des klaren Fokus auf den Rechtsextremismus grundsätzlich alle Formen des Extremismus als demokratiegefährdende Phänomene in den Blick genommen werden, so auch der Linksextremismus und der Islamismus.

Diesen Herausforderungen stellen sich im demokratischen Wirkungsfeld diverse demokratie-stärkende Projekte. Hier ist eine weitere Zunahme und Stabilisierung im Land festzustellen. Neben den Regionalzentren für demokratische Kultur gibt es weitere Beratungsprojekte, die landesweit agieren und eine vergleichbare Laufzeit und hohe thematische Expertise aufweisen. Insbesondere die Projekte im Rahmen des Bundesprogrammes „Zusammenhalt durch Teilhabe“ sowie die Partnerschaften für Demokratie im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ haben sich in den vergangenen Jahren weiter professionalisiert. Eine wesentliche Ressource für die Zukunft ist die enge Zusammenarbeit und fortwährende Abstimmung zwischen all diesen Akteuren in den Regionen, um Synergien zu schaffen, die Expertisen auszutauschen und Überschneidungen vorzubeugen.

In Politik und Zivilgesellschaft hat die öffentliche Auseinandersetzung insbesondere mit dem Rechtsextremismus, aber auch mit anderen demokratiegefährdenden Phänomenen zu einer verstärkten Sensibilisierung geführt. Wesentlich mehr Organisationen und Einzelpersonen engagieren sich für eine offene und demokratische politische Kultur. Dazu werden verstärkt bestehende Angebote der Unterstützung wie z. B. die Bundesprogramme im Themenfeld Demokratie und Toleranz genutzt, um eigene Anstrengungen zu professionalisieren und zu verstetigen. Insgesamt gibt es seit vielen Jahren einen großen Kompetenzzuwachs, Professionalisierung und Kontinuität in der Arbeit in den Regionen.

III. Landesweites Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern

Die Arbeit der Regionalzentren für demokratische Kultur als Impulsgeber und Knotenpunkte in den Regionen ist eingebettet in das Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern. Dieses ist das zentrale Vernetzungsinstrument des Landesprogrammes „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ und ein Zusammenschluss aus staatlichen Behörden sowie nicht staatlichen Beratungsprojekten in freier Trägerschaft. Die Regionalzentren sind somit ein wichtiges Element in der Beratungsstruktur des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Stärkung von Demokratie und Toleranz.

Es unterstützt insbesondere Personen, Kommunen, Institutionen wie z. B. Schulen, Organisationen und Betriebe bei der Stärkung von Demokratie und Toleranz und der Bekämpfung von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Das Beratungsnetzwerk basiert auf dem Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“, verbindlichen Beschlüssen der Landesregierung sowie einem gemeinsamen Leitbild, in dem folgende Eckpunkte benannt sind:

- Sicherung einer tragfähigen Beratungsstruktur, die fachlich qualifizierte Beratungsangebote für unterschiedliche Zielgruppen bedarfsgerecht zur Verfügung stellt,
- gemeinsame Entwicklung von Handlungsstrategien, Kompetenzen und Netzwerken, die langfristig in Mecklenburg-Vorpommern ein respektvolles und demokratisches Miteinander fördern, gemeinsam mit den Partnerinnen oder Partnern in den regionalen Netzwerken,
- Unterstützung der Zivilgesellschaft und staatlichen Regelstrukturen in ihren Bemühungen, antidemokratischen Tendenzen vorzubeugen und entgegenzutreten sowie demokratische Alltagspraxis zu stärken und weiterzuentwickeln.

Die unmittelbare Beratungsarbeit im Rahmen des Beratungsnetzwerkes erfolgt sowohl regionalisiert in den fünf Regionalzentren für demokratische Kultur sowie überregional in themenspezifischen Beratungsstellen. Diese umfassen:

- Beratungsstellen für Betroffene rechtsextremistischer Gewalt – LOBBI,
- Betriebliches Beratungsteam gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt – BBT,
- die Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit sowie Einstiegsprävention vom Rechtsextremismus – JUMP,
- Beratungs- und Bildungsangebote sowie Ausstiegs- und Distanzierungsbegleitung im Kontext des religiös begründeten Extremismus – Fachstelle Bidaya,
- Dokumentations- und Informationsstelle Antisemitismus – DIA.MV.

Die staatlichen Mitglieder des landesweiten Beratungsnetzwerkes unterstützen mit ihren Erfahrungen und Expertisen die Beratungsarbeit vor Ort. Dazu gehören die Vertreter und Vertreterinnen des Ministeriums für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten, des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung, des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz, des Ministeriums für Bildung und Kindertagesförderung und des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Sport.

Das landesweite Beratungsnetzwerk übernimmt einzelne Beratungsfälle, wenn das zuständige Regionalzentrum oder ein anderes Mitglied um Unterstützung bittet oder es sich um einen Beratungsfall von landesweiter Relevanz handelt. Letzteres kann beispielsweise themenspezifische Fallkonferenzen, die Bündelung phänomenübergreifender Expertise oder die Unterstützung von Ministerien umfassen. Die Kriterien und Abläufe dazu sind im Qualitätshandbuch des landesweiten Beratungsnetzwerkes festgelegt.

Darüber hinaus finden im landesweiten Beratungsnetzwerk der strategische Fachaustausch zur Entwicklung von Strategien zur Stärkung demokratischer Alltagspraxis sowie die Diskussion zur allgemeinen Ausrichtung von Handlungsansätzen gegen Rechtsextremismus und weitere demokratiefeindliche Phänomene statt.

Bei neu auftretenden Herausforderungen werden die Vorgehensweise und Handlungsmöglichkeiten gemeinsam zwischen dem landesweiten Beratungsnetzwerk, eingeschlossen die Regionalzentren für demokratische Kultur, und der Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz beraten und festgelegt. Die vorhandene spezifische Expertise der Regionalzentren wird dabei in Abstimmung mit der Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz und unter Berücksichtigung weiterer Beratungsprojekte im Land koordiniert und eingesetzt.

Um die Expertise der weiteren Akteure einzubeziehen, wurde das Format des erweiterten Beratungsnetzwerkes etabliert. Hierfür lädt die Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz einmal jährlich Mitglieder des Netzwerkes sowie weitere Akteurinnen und Akteuren zu einem digitalen Treffen ein, in dem neben einem spezifischen inhaltlichen Input insbesondere der Austausch im Vordergrund steht.

Zur Standardisierung der Beratungsprozesse und der Abläufe sowie der Aufgaben im Beratungsnetzwerk wurde bereits im Jahr 2013 ein Qualitätshandbuch konzipiert. Die Mitglieder des Beratungsnetzwerkes haben hierfür einheitliche Qualitätsstandards für den Beratungsprozess, die Öffentlichkeitsarbeit sowie die interne Kommunikation erarbeitet und weiterentwickelt. Das in diesem Zusammenhang beschlossene Leitbild bildet dabei die Grundlage aller Aktivitäten des Beratungsnetzwerkes Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern.

Die Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz steuert und koordiniert auf der Grundlage des Landesprogrammes „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ und dessen Umsetzungsstrategie die Prozesse in den Themenfeldern Demokratie und Toleranz, Stärkung der Zivilgesellschaft und Bekämpfung von Rechtsextremismus. Sie koordiniert, organisiert und dokumentiert die Arbeit des Beratungsnetzwerkes. In dieser Funktion sorgt sie dafür, dass die Mitglieder des Beratungsnetzwerkes alle für ihre gemeinsame Arbeit relevanten, wesentlichen Informationen erhalten und ihr Wissen in das Beratungsnetzwerk einspeisen.

Das Beratungsnetzwerk wird von Expertinnen und Experten aus verschiedenen Bereichen unterstützt (Expertenpool). Diesem gehören Personen an, die über spezielles Fachwissen, empirische Erfahrungen oder Zugänge zu besonderen Zielgruppen verfügen, die dem gemeinsamen Ziel einer gelingenden Beratungsarbeit dienen können. Die Landeskoordinierungsstelle aktualisiert den Expertenpool fortlaufend und koordiniert die Inanspruchnahme der Expertise themen- und anlassbezogen.

IV. Regionalzentren für demokratische Kultur

1. Rolle und Aufgaben der Regionalzentren

Die Regionalzentren für demokratische Kultur agieren als zentrale Beratungsstellen und Knotenpunkt, um die demokratische Kultur zu stärken und demokratiefeindliche Bestrebungen jeglicher Art gemeinsam mit den Akteuren in der Region abzuwehren.

Für jeden Landkreis und für die in der jeweiligen Region liegenden kreisfreien Städte ist je ein Regionalzentrum für demokratische Kultur zuständig. Sie wirken vor Ort durch Beratung und Vernetzung bei der Stärkung und Entwicklung einer demokratisch verfassten Gesellschaft mit. Sie unterstützen, befähigen und ermutigen unterschiedliche Akteure in ihren Regionen.

Dazu gehören sowohl Regeleinrichtungen wie Kindertagesstätten, Schulen, Familienberatungen als auch Vereine, Verbände und engagierte Einzelpersonen. Sie ersetzen jedoch nicht die gesamtgesellschaftliche Verantwortung, die demokratische Politik und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern zu stärken.

Die Prinzipien in der Arbeit sind dabei Regionalität, Bedarfsorientierung und die multi-professionelle Zusammenarbeit.

Die Regionalzentren organisieren und moderieren die Formate der regionalen Zusammenarbeit und sind für die Gestaltung der fallbezogenen Angebote verantwortlich. Bei Bedarf stellen sie Beratungsteams zusammen und beziehen weitere Expertinnen und Experten ein. Die Regionalzentren agieren dabei als Schnittstelle zwischen der Zivilgesellschaft und den staatlichen bzw. öffentlichen Institutionen und Verwaltungen. Dies erfolgt konkret u. a. durch Angebote von Beratungen, Fortbildungen, Coaching, Begleitung von Transformationsprozessen in Regelstrukturen und Verwaltungen, um die Akteure bei der Ausgestaltung von demokratischen Prozessen zu stärken. Auch die Implementierung und Stärkung einer demokratischen Schulstruktur und Beratung bei demokratiegefährdenden Vorfällen rückt stärker in den Nachfragefokus der Regionalzentren. Diesen steigenden Bedarf sollten die Regionalzentren im Verbund mit den vorhandenen schulunterstützenden Angeboten und weiteren Beratungsprojekten bearbeiten.

Während in den ersten Jahren der Arbeit der Regionalzentren die Beratung von Kommunen und demokratischen Parteien sowie von Einzelpersonen einen wichtigen Schwerpunkt bildete, beziehen sich die Beratungsanfragen inzwischen zunehmend auch auf die Beratung von zivilgesellschaftlichen Strukturen wie Vereine und Verbände sowie auf Regelstrukturen wie Schulen, in denen demokratiefeindliche Vorfälle aufgetreten sind, und Verwaltungen, die sich mit demokratiefeindlichen Herausforderungen auseinandersetzen müssen. Insgesamt haben in den Beratungen die multiplen Problemlagen zugenommen. Die notwendige professionelle Expertise für die Beratung hat sich damit stark diversifiziert und macht eine verstärkte Zusammenarbeit der Regionalzentren mit den weiteren thematisch spezialisierten Beratungsprojekten im Land sowie mit anderen staatlichen und nicht staatlichen Einrichtungen notwendig.

2. Ziele und Kriterien des Handelns der Regionalzentren

Für die Regionalzentren lassen sich die nachfolgenden Handlungsziele ableiten, die im nachfolgenden Kapitel 3 im Detail ausgeführt werden:

Professionelle Beratung

Die Arbeit der Regionalzentren für demokratische Kultur stärkt die Handlungskompetenzen der Beratungsnehmenden bei der Gestaltung von demokratischen Prozessen und der Stärkung von Vielfalt und Entscheidungskompetenz.

Organisator und Impulsgeber der regionalen Zusammenarbeit

Die Regionalzentren für demokratische Kultur sind Organisatoren und Impulsgeber von regionalen Netzwerken und von weiteren bestehenden Formaten der regionalen Zusammenarbeit, unterstützen weitere regionale Akteurinnen und Akteure und agieren als Schnittstelle zwischen staatlichen und nicht staatlichen Akteuren in der Region. Dabei unterstützen sie mit ihrer Expertise und Erfahrung Prozesse demokratischer Politik und Kultur vor Ort.

Expertiseteam

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionalzentren für demokratische Kultur werden in Mecklenburg-Vorpommern mit ihrer Expertise im Themenfeld Demokratie und Toleranz wahrgenommen und für die Umsetzung landesweit wirkender Maßnahmen genutzt.

Der von den Universitäten Greifswald und Rostock empfohlene ganzheitliche Ansatz, Prävention, Integration und Intervention als die drei grundlegenden Kriterien des Handelns für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu verbinden, hat sich bewährt und wird in der künftigen Arbeit beibehalten.

Prävention

Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, das Vertrauen in die demokratischen Grundwerte zu stärken sowie die Beteiligung der Menschen an demokratischen Prozessen zu verbessern

Integration

Konzepte, die Prozesse der politischen Willensbildung unterstützen, Vernetzung, Bildung und Weltoffenheit vorantreiben, Teilhabechancen eröffnen, Minderheiten schützen und deren Ausgrenzung entgegenwirken

Intervention

Anlassbezogene, unmittelbare und zeitlich begrenzte Unterstützung bei akuten Situationen mit mutmaßlich demokratiefeindlichem Hintergrund unter Einbezug der jeweils bestehenden Systeme zur Krisenbewältigung in den Regelstrukturen

3. Arbeitsschwerpunkte der Regionalzentren für demokratische Kultur

3.1 Bereitstellung eines professionellen Beratungsangebotes

Die Hauptaufgabe der Regionalzentren für demokratische Kultur ist die Beratung.

Die Regionalzentren bearbeiten dabei Themen, die aus gesellschaftlichen Konflikten erwachsen und die Demokratie gefährden. Im Fokus steht dabei die Demokratiestärkung. Die Regionalzentren arbeiten nachfrageorientiert und im Bedarfsfall proaktiv. Sie sind Impulsgeber für demokratische Prozesse sowie Schnittstelle zwischen Gesellschaft und Verwaltung bzw. staatlichen Strukturen.

Das Bereitstellen eines professionellen Beratungsangebotes ist Hauptaufgabe der Regionalzentren. Dabei ist ihre Aufgabe, mit lokalen oder regionalen Angeboten passgenau an den konkreten Bedarfen in der Region zu arbeiten, Entwicklungen aufzunehmen, Bedarfe zu ermitteln und Regelstrukturen zu begleiten. Die Beratung der Regionalzentren findet als Hilfe zur Selbsthilfe statt. Die Mitarbeitenden der Regionalzentren orientieren sich an den vorhandenen Ressourcen und Bedürfnissen der Beratungsnehmenden.

Die Regionalzentren agieren als Erstkontaktstelle für Anfragen, die sowohl alle demokratiegefährdenden Phänomene als auch demokratie-stärkende Maßnahmen betreffen. Verweisberatungen sind dabei Bestandteil der Professionalität der Regionalzentren. Diese Verweisberatungen beziehen sich insbesondere auf die weiteren Beratungsprojekte des landesweiten Beratungsnetzwerkes sowie auf die diversen Beratungsangebote im Land, wie u. a. die zivilgesellschaftlichen Antidiskriminierungsstellen, schulunterstützende Angebote, Projekte des Bundesprogrammes „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und Träger der politischen Bildung. Es wird sichergestellt, dass die Beratungsangebote der Regionalzentren klar von den bestehenden weiteren Angeboten abgegrenzt und inhaltliche Überschneidungen weitgehend vermieden werden.

Das Beratungsangebot richtet sich insbesondere an Personen, Vereine, Verbände, Schulen, Kirchen und andere Religionsgemeinschaften, Kommunen, öffentliche Verwaltung, staatliche Regeleinrichtungen und andere gesellschaftliche Institutionen, die sich aktiv für die Bürgergesellschaft engagieren wollen und Unterstützung bei der Erweiterung und Stärkung ihrer Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit sowie Gestaltungsmöglichkeiten gegen demokratiefeindliche Phänomene suchen. Die Arbeit der Regionalzentren ist dabei ein langer vertrauensbildender Prozess und die Regionalzentren agieren als Begleiter und Türöffner in Transformationsprozessen und Strategieentwicklungen.

Ein besonderer Fokus liegt auf der Stärkung von Verwaltungen auf kommunaler und Kreisebene hinsichtlich der Demokratisierung und Transparenz im Verwaltungshandeln, Abläufen, interner und externer Kommunikation, um die Akzeptanz zu erhöhen und Bürgerinnen und Bürger auch dadurch zu ermutigen, Prozesse aktiv mitzugestalten. Hier besteht aufgrund der zuvor beschriebenen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen ein besonders hoher Unterstützungs- und Beratungsbedarf.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Begleitung und Beratung – ergänzend zu den bereits bestehenden Beratungsangeboten des Landes – von Schulen, die künftig eine verstärkte Zusammenarbeit aufgrund erhöhter Beratungs- und Schulungsanfragen infolge antidemokratischer Vorfälle erfordern werden. Hier erfolgt künftig eine noch engere Abstimmung mit dem Zentralen Fachbereich für Diagnostik und Schulpsychologie (ZDS) des Landes und dem Kooperations- und Beratungssystem für Eltern und Schule (KuBES). Der ZDS unterstützt und berät Erziehungsberechtigte, Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, pädagogisches Personal, Schulleitungen und Schulaufsicht in psychologischen und diagnostischen Zusammenhängen. Zudem unterstützen die mobilen Teams des ZDS Schulen bei Notfällen und dem Krisenmanagement vor Ort.

Das KuBES ist ein multiprofessionelles Beratungs- und Unterstützungssystem für Eltern und Schule im Institut für Qualitätsentwicklung (IQ M-V). Ziel ist es, das System Schule in herausfordernden Situationen präventiv und bedarfsorientiert durch Beratung zu unterstützen und Netzwerke zu stärken. Ein Schwerpunkt der Unterstützung und Beratung liegt vor allem im Bereich des Erziehungsauftrages der Schule, auf den pädagogischen Herausforderungen und sozialen Problemlagen.

Die multiprofessionellen Teams des KuBES bieten Schulen und Eltern neben der Beratung, Präventionsmaßnahmen, Unterstützung bei themenbezogenen Schulentwicklungsprozessen, schulinterne, regionale und landesweite Informationsveranstaltungen und Fortbildungen insbesondere zu Themen wie Schulverweigerung (Schulabsentismus), Gewalt- und Mobbingprävention, präventiver Kinderschutz und Heterogenität.

In Ergänzung zu diesen bestehenden Beratungs- und Interventionsstrukturen unterstützen die Regionalzentren Schulen im Rahmen der demokratischen Schulentwicklung mit konkreten Angeboten. Hierzu gehören insbesondere die Beratung und Fortbildung im Umgang mit demokratiefeindlichen Bestrebungen und mit Antisemitismus und darüber hinaus weitere Angebote sowie die Weiterentwicklung der Schulprogrammarbeit, die Fortbildung zur interkulturellen Bildung, das Diversity-Training für Lehrkräfte, die Unterstützung bei der Etablierung von Klassenräten und die Fortbildung für Schülervertretungen. Um die Unterstützung für Schulen durch die Regionalzentren nachhaltig wirken zu lassen, erfolgt eine Abstimmung mit der Stabsstelle Politische Bildung bzw. dem Beratungs- und Unterstützungssystem des IQ M-V. Die Schulentwicklungsberaterinnen und -berater begleiten Schulen, Schulleitungen und schulische Steuergruppen bzw. Qualitätsteams bei der Konzeption, Gestaltung und Evaluation von Schulentwicklungsprozessen.

Dabei werden Konzepte der Demokratiepädagogik und Grundprinzipien der politischen Bildung beachtet und umgesetzt. Die Regionalzentren für demokratische Kultur verweisen dabei auf die weiteren schulunterstützenden Angebote und arbeiten gegebenenfalls mit diesen zusammen.

Mit einem vergleichbaren Fokus werden auch Kindertagesstätten durch die Regionalzentren für demokratische Kultur unterstützt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Regionalzentren in der Beratungsarbeit liegt in der Demokratieentwicklung.

Demokratieentwicklung umfasst Maßnahmen zur Unterstützung und Stärkung demokratischer Prozesse vor Ort. Sie soll demokratische Prozesse und Einrichtungen in Kommunen begleiten und stärken. Die Maßnahmen der Demokratieentwicklung fördern die kommunale Streit- und Mitwirkungskultur sowie den Erfahrungsaustausch unter den Akteurinnen und Akteuren. Im Zentrum stehen die Sensibilisierung, Aktivierung, Befähigung und Vernetzung von kommunalen Handlungsträgern, Politik und Kommunalverwaltung sowie Bildungseinrichtungen, Kindertagesstätten, Vereinen, Verbänden, Migrantenorganisationen, Projekten, Initiativen, Netzwerken sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Es werden Formate gefördert, die durch breite Partizipation und umfassende Dialoge einen Konsens über politisches Handeln anstreben, um alle Beteiligten mit ihren Interessen wahrzunehmen.

Dafür bieten die Regionalzentren für demokratische Kultur:

- ein fachlich qualifiziertes Beratungsangebot vor Ort, das unbürokratisch, kostenfrei, vertraulich und schnell zur Verfügung steht. Sie sorgen in der Beratung für einen respektvollen Umgang aller Beteiligten in einem vertraulichen Rahmen. Die Beauftragung durch die Beratungsnehmenden ist freiwillig und die Voraussetzung dafür, dass aus einer Anfrage ein Beratungsprozess wird.
- in sich abzeichnenden Konflikt- und Krisensituationen proaktiv ihre Beratungsleistung Verwaltungen, Schulen etc. an,
- einen niedrigschwelligen Zugang zu den Beratungsangeboten über Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit.
- eine verlässliche Erreichbarkeit für die Beratungsnehmenden sowie für Kooperationspartnerinnen und -partner.
- ein Beratungs- und Unterstützungsangebot, das auf anerkannten Qualitätsstandards basiert, die im Qualitätshandbuch des Beratungsnetzwerkes Demokratie und Toleranz festgelegt sind. Sie stellen ihre Beratungsleistungen transparent dar, arbeiten nach Beratungsauftrag und schließen konkrete Vereinbarungen zwischen den beratenden Fachkräften und den Beratungsnehmenden über die Beratungsziele.
- den Beratungsnehmenden weiterführende Informationen und Unterstützung in der Entwicklung neuer Handlungsperspektiven.
- Beratung pädagogischer Einrichtungen zur Entwicklung und Gestaltung partizipationsfördernder Maßnahmen.
- professionelle Beratung, Begleitung und Qualifizierung von demokratischen Einrichtungen und von Einzelpersonen bei politischen Meinungs- und Willensbildungsprozessen vor Ort.
- Beratung und Unterstützung bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für demokratisches Engagement und Ausstattung der Beratungsnehmenden mit dem nötigen Handwerkszeug. Dazu gehören u. a. die Vermittlung, Bereitstellung und der Transfer partizipationsermöglicher und kommunikationsfördernder Methoden.
- Beratung, Unterstützung und Begleitung bei der Planung und Umsetzung von Ideen für Projekte zur Förderung des demokratischen Miteinanders.
- Verweisberatungen an weitere professionelle Beratungsangebote im Land.
- Beratung und Unterstützung der Kommunen bei der Implementierung bzw. Verstetigung lokaler Strategien (z. B. Partnerschaften für Demokratie).
- Beratung und Unterstützung für Politik und Verwaltung bei der Stärkung der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern.

Den Prozessen der Beratung und Demokratieentwicklung liegen einheitliche Standards zugrunde, die im Qualitätshandbuch festgelegt sind. Die Beratung durch die Regionalzentren gilt als gelungen, wenn die Beratungsnehmenden eine Stärkung und Erweiterung ihrer demokratischen, fachlichen und methodischen Entscheidungs- und Handlungskompetenz erfahren. Die Beratungsnehmenden erhalten Hilfe zur Selbsthilfe, ihre Handlungssicherheit wird gestärkt und sie kennen Möglichkeiten der Unterstützung und weiteren Beratung. Der Erfolg der Beratungen wird anhand einheitlicher Indikatoren überprüft. Es erfolgt eine kontinuierliche Evaluation zur Qualitätssicherung.

Die Regionalzentren arbeiten nach einheitlichen Qualitätsstandards und sichern den Beratungnehmenden das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu. Sie stellen bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen sicher, dass sich diese an den persönlichen Interessen, Fähigkeiten und Bedürfnissen der Menschen sowie Inklusion und Gender Mainstreaming als Leitprinzipien des Landesprogrammes „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ orientieren.

3.2 Organisator und Impulsgeber der regionalen Zusammenarbeit

Die Regionalzentren bewegen sich weitaus stärker als noch zu Beginn der regionalen Arbeit in einem Umfeld, in dem viele Projekte, Vereine und Initiativen zunehmend mit Expertise und Beratungsangeboten in den Regionen aktiv sind. Hierbei kommt den Regionalzentren eine besonders strategische Rolle in der Region zu: das Vernetzen und das Unterstützen der verschiedenen Akteurinnen und Akteure in der Region, die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht staatlichen Akteuren, die Unterstützung bei der Demokratiestärkung in den Regelstrukturen vor Ort, die überregionale Zusammenarbeit bei bestimmten Themen, die Sicherung der Informationsflüsse sowie das Bereitstellen und die Vermittlung von Expertise bei ausgewählten Themen. Da Fragen der Daseinsfürsorge für das Vertrauen in demokratische Strukturen an Bedeutung gewinnen, sollen die Regionalzentren für demokratische Kultur mit den Beratungsstrukturen im sozialen Bereich sowie in der Kinder- und Jugendhilfe enger zusammenarbeiten.

Dazu kooperieren sie mit anderen professionellen Beratungsangeboten, den zuständigen staatlichen Einrichtungen sowie weiteren relevanten regionalen Akteurinnen und Akteuren. Dazu gehören die zuständigen staatlichen und politischen Verantwortungsträger, Polizei und Staatsanwaltschaften und weitere Regeleinrichtungen sowie Träger demokratiestärkender Projekte und Maßnahmen wie die Partnerschaften für Demokratie, Bürgerbündnisse, Projekte aus Bundesprogrammen und Träger der politischen Bildung.

Ein großer Vorteil der zentralen Position der Regionalzentren besteht darin, dass sie die jeweiligen örtlichen Bedarfe kennen und bedienen können, mit relevanten Akteurinnen und Akteuren vernetzt sind und zusammenarbeiten sowie über regionale Expertise verfügen.

Ein festes und wesentliches Format für diese regionale Kooperation sind dabei regionale Netzwerke, die in jeder Region mindestens einmal jährlich sowie anlassbezogen durch die Regionalzentren für demokratische Kultur initiiert und koordiniert werden. Diese Netzwerke sollen gemeinsam die Situation in der Region analysieren, strategische Planungen vornehmen und die Zusammenarbeit abstimmen. Um in der Fläche wirksam präsent zu sein und alle relevanten Akteure in das regionale Netzwerk einzubeziehen, wird die Zusammensetzung dieser regionalen Netzwerke durch die Regionalzentren fortlaufend überprüft und gegebenenfalls erweitert. Die Regionalzentren haben hier eine zentrale Rolle der Aktivierung, Steuerung und des Informationsflusses in diesen Netzwerken.

Ein Ziel sollte sein, gemeinsam Angebote insbesondere auch für Menschen zu entwickeln, die besonders gefährdet für demokratiefeindliche Ansprache sind.

Ein besonderes Augenmerk soll künftig auf die Zusammenarbeit und enge Abstimmung mit den Partnerschaften für Demokratie, die durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ finanziert werden, gerichtet werden. Hier sollen Impulse von den Regionalzentren in die vorhandenen Formate der regionalen Zusammenarbeit (z. B. Demokratiekonferenzen der Partnerschaften für Demokratie) gegeben und die verschiedenen Akteurinnen und Akteure in der Region aktiv vernetzt werden. Ein Ziel der regionalen Zusammenarbeit ist die stärkere Vernetzung der Partnerschaften für Demokratie mit staatlichen Institutionen der Region. Auch die Schnittstelle und der Informationsfluss zwischen den Partnerschaften für Demokratie und dem landesweiten Beratungsnetzwerk soll mithilfe der Regionalzentren ausgebaut werden.

Um weitere Zielgruppen zu erreichen und neue Zugänge zu erschließen, sind beispielsweise die sozialen Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen auf kommunaler und regionaler Ebene oder die Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen stärker in den Fokus zu nehmen.

Dafür

- begleiten und moderieren sie regionale Netzwerke und weitere bestehende Formate der regionalen Zusammenarbeit und vernetzen proaktiv die regionalen und lokalen Akteurinnen und Akteure.
- entwickeln sie gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern Handlungsstrategien und Empfehlungen, Kompetenzen und Netzwerke, die langfristig ein respektvolles und demokratisches Miteinander fördern sowie Akteurinnen und Akteure dazu befähigen, antidemokratischen Tendenzen entgegenzutreten.
- informieren sie über die vorhandene Expertise und Angebote der Regionalzentren und machen diese in den bestehenden regionalen Netzwerken bekannt (Netzwerkpräsenz und sichtbare, wirksame Kommunikation).
- informieren sie die Kooperationspartnerinnen und -partner über für sie relevante Beratungsanfragen und nutzen gegebenenfalls deren Expertise zur Analyse, Bewertung und Bearbeitung der Anfragen.
- stellen sie bei Bedarf Teams mit fallbezogener Expertise zusammen.
- arbeiten sie eng mit den diversen Regelstrukturen zusammen und unterstützen diese auf Anfrage bei internen Entwicklungsprozessen (z. B. Ausbildung Polizei und Verwaltung, Lehrkräfteausbildung oder Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher).

3.3 Thematische Expertise der Regionalzentren für demokratische Kultur

Durch die regionale Verankerung, ihre zahlreichen Beratungskontakte, fallspezifischen Recherchen und ihre umfänglichen Kooperationskontakte weisen die Regionalzentren für demokratische Kultur eine hohe Expertise im Themenfeld Demokratie und Toleranz auf und sind Seismografen für gesellschaftliche Entwicklungen. Neben den regionalen Beratungs- und Vernetzungsaufgaben kommt den Regionalzentren eine zentrale Rolle als Kooperationspartner der Landesregierung in diesem Themenfeld zu.

Die Regionalzentren für demokratische Kultur:

- bringen ihre Expertise aktiv in das landesweite Beratungsnetzwerk ein und initiieren einen fortlaufenden Fachaustausch bei den Netzwerktreffen.
- arbeiten in thematischen Arbeitsgruppen, bei landesweiten Beratungsfällen und bei Strategieentwicklungen des landesweiten Beratungsnetzwerkes zusammen.
- stärken bereits etablierte Austauschformate zu bestimmten Themen, die überregional bearbeitet werden müssen.
- teilen aktiv ihr spezifisches Wissen zu Phänomenbereichen und Themen (z. B. zu „Reichsbürgern“ oder zu Verschwörungserzählungen), aber auch Methoden der Beratung mit den anderen Regionalzentren.
- unterstützen die Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz mit ihrer Expertise.
- stimmen sich bei überregionalen Anfragen nach Expertise oder Fortbildung untereinander ab und informieren die Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz.
- stehen im Austausch und streben eine kontinuierliche Zusammenarbeit an, um in abgestimmter Weise Anfragen und Themen zu bearbeiten.
- unterbreiten gemeinsam Angebote im Ausbildungs- und Fortbildungsbereich (u. a. zum Überblick relevanter Ansprechpersonen, Grundlagen im Bereich Extremismus und Demokratieförderung) für Hochschulen, Universitäten in den Bereichen Sozialpädagogik, Erziehungswissenschaften und weiteren Studiengängen für Lehrkräfte, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege Mecklenburg-Vorpommern (FHöVPR M-V) Güstrow, Feuerweherschule Malchow oder Institut für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern.

Mit dem Netzwerk Bildung und Demokratie im Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung der Universität Rostock soll eine enge Kooperation erfolgen, um die vorhandenen Expertise zusammenzuführen. Hier sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aller lehrkräftebildenden Hochschulen des Bundeslandes beteiligt.

4. Ressourcen der Regionalzentren für demokratische Kultur

Zur Umsetzung der oben genannten Arbeitsschwerpunkte werden folgende Ressourcen genutzt:

- qualifizierte Mitarbeitende mit Erfahrungen in der Beratungsarbeit, mit spezifischem Wissen im Themenfeld, mit Zusatzqualifikationen (beispielsweise Betzavta-Ausbildung, Coaching, Elternberatung, Mediation, Moderation, systemische Beratung) sowie mit spezifischen personalen Kompetenzen (beispielsweise Erfahrungen mit Beteiligungsmethoden, Kommunikationskompetenz, Zugänge zu lokalen und regionalen Kontexten),
- die Möglichkeit, weitere Expertinnen oder Experten in Abstimmung mit den Beratungsnehmenden hinzuzuziehen,
- eine regionale Verankerung, Vernetzung und hohe Mobilität,
- die Möglichkeiten weiterführender Ressourcen durch plurale Trägerstrukturen,
- die unterschiedlichen Ressourcen der Akteurinnen und Akteure in der regionalen Zusammenarbeit (z. B. Kreispräventionsräte, Begleitausschüsse der Partnerschaften für Demokratie) durch Nutzung von deren Fachwissen, Zugängen, Zielgruppen, Strukturen, Partnerinnen und Partner,

- die Möglichkeit der Zusammenarbeit sowohl mit Entscheidungsträgern aus dem kommunalen Raum als auch mit lokalen Initiativen und Bündnissen sowie weiteren Akteurinnen und Akteuren,
- die Kooperation mit den Beratungs- und Unterstützungssystemen der Staatlichen Schulämter, den Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeitern und den Respekt Coaches sowie mit den regionalen Vertreterinnen und Vertretern des Zentralen Fachbereichs für Diagnostik und Schulpsychologie und des Kooperations- und Beratungssystems für Eltern und Schule,
- die zuverlässige und systematische Kooperation mit den im landesweiten Beratungsnetzwerk vertretenen Institutionen und Akteuren (insbesondere mit weiteren Beratungsprojekten wie JUMP, BBT, LOBBI, DIA.MV oder BIDAYA),
- die Möglichkeiten des kollegialen Fachaustausches mit anderen Expertinnen und Experten im Feld, um weitere Ressourcen und Zugänge sowie Lösungsansätze zu erschließen und unterschiedliche Perspektiven in die Bewertung von Situationen einzubeziehen,
- eine gezielte und koordinierte Zusammenarbeit mit diversen Projekten der kommunalen Konfliktberatung, die mögliche Doppelstrukturen vermeidet.

Wichtig ist dabei angesichts begrenzter personeller Ressourcen, dass die Aufgaben der Regionalzentren fortlaufend priorisiert werden und Klarheit darüber besteht, welche Zuständigkeit bei den jeweiligen Regionalzentren auf der einen Seite und bei den weiteren landesweit agierenden Beratungsprojekten auf der anderen Seite besteht. Hierfür ist ein kontinuierlicher Austausch im Beratungsnetzwerk erforderlich.

5. Standorte der Regionalzentren für demokratische Kultur

Im Jahr 2007 wurden die folgenden fünf Regionalzentren für demokratische Kultur festgelegt, die an die Struktur der seit 2011 bestehenden sechs Landkreise und kreisfreien Städte angelehnt sind und dem Prinzip der Regionalität entsprechen:

Regionalzentrum	regionale Zuständigkeit
Regionalzentrum für demokratische Kultur Landkreis und Hansestadt Rostock Standort: Roggentin (Verlagerung von Bad Doberan im Jahr 2009)	Hansestadt Rostock, Landkreis Rostock
Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg Standort: Schwerin (Verlagerung von Ludwigslust im Jahr 2021)	Landeshauptstadt Schwerin, Landkreise Nordwestmecklenburg und Ludwigslust- Parchim
Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Rügen Standort: Stralsund	Landkreis Vorpommern-Rügen
Regionalzentrum für demokratische Kultur Mecklenburgische Seenplatte Standort: Neubrandenburg	Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Greifswald Standort: Anklam	Landkreis Vorpommern-Greifswald

Die bisherige Struktur – fünf Regionalzentren landesweit verteilt mit regional abgegrenzten Zuständigkeitsbereichen – hat sich bewährt und sollte in der weiteren Umsetzung beibehalten werden. Dies wurde sowohl in der schriftlichen Befragung als auch in den Beteiligungsrounds in Vorbereitung der Konzeptanpassung deutlich.

Abweichend von der eigentlichen Problembeschreibung und der Tatsache, dass ländliche Räume strukturell schwächer entwickelt sind, hohe Entfernungen aufweisen, Engagement und Teilhabe dadurch erschwert sind und die Zivilgesellschaft vor andere Herausforderungen als in Städten stellt, erfolgt die Ansiedlung der aktuellen Regionalzentren überwiegend im städtischen Bereich. Dies ist insbesondere der notwendigen Attraktivität von Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden der Regionalzentren sowie dem Erfordernis einer guten Anbindung und Erreichbarkeit des jeweiligen Standorts geschuldet.

Die Regionalzentren stellen sicher, dass ihre Aktivitäten und Netzwerkarbeit sowie Beratungsangebote flächendeckend angeboten werden und die besonderen Herausforderungen der ländlichen Räume berücksichtigt werden. Hierzu erfolgt eine fortlaufende Abstimmung in den regionalen Netzwerken.

Der Arbeit der Regionalzentren im ländlichen Raum kommt dabei eine besondere Verantwortung zu: Es bedarf einer genauen Analyse durch die Regionalzentren mit Blick auf die jeweilige Region, wie Angebote für Zielgruppen, die bisher schwer erreicht werden konnten, passgenau gestaltet und bekannt gemacht werden können sowie welche Methoden für die Arbeit im ländlichen Raum geeignet sind. Insbesondere das Entstehen von demokratiefeindlichen Strukturen im ländlichen Raum muss frühzeitig wahrgenommen und mit entsprechenden Beratungsangeboten, einer langfristigen Vertrauensbildung und Vernetzung der Partner in der Region entgegnet werden.

Die Standorte der Regionalzentren werden durch die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) „Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz“ festgelegt. Die IMAG orientiert sich bei ihrer Entscheidung an folgenden Kriterien:

Die Standorte

- dürfen nicht in einem Landesteil konzentriert werden, sondern müssen möglichst flächendeckend auf das ganze Land verteilt sein.
- unterstützen die Präsenz in der Fläche optimal.
- sind gut erreichbar durch günstige Anbindungen an den öffentlichen Nahverkehr und größere Verkehrswege.
- müssen den Sicherheitsbedürfnissen der Mitarbeitenden Rechnung tragen.

Die Regionalzentren sollen über eine geeignete und unterstützende Infrastruktur (Beratungsräume, barrierefreie Zugänge usw.) verfügen. Auch müssen attraktive Arbeitsbedingungen vorgehalten werden, um das zunehmend knappe und auf dem Arbeitsmarkt unworbene Fachpersonal für eine längerfristige Mitarbeit in den Regionalzentren zu binden.

6. Trägerschaft, Personal- und Kostenplanung

Die unterschiedlichen Träger der Regionalzentren mit ihren spezifischen Trägerstrukturen sichern Pluralismus von Ansätzen und Methoden sowie weitere Synergieeffekte.

Die Regionalzentren arbeiten im Auftrag des Landtages und der Landesregierung unter Berücksichtigung der rechtlichen Eigenständigkeit ihrer Träger. Grundlagen sind das vom Landtag verabschiedete Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ sowie die Umsetzungsstrategie und die Beschlüsse der Landesregierung.

Die Arbeit der Regionalzentren für demokratische Kultur erfolgt auf Basis der 2. Fortschreibung des Regionalzentrumskonzeptes nach dessen Verabschiedung durch das Kabinett am 12. März 2024.

Die Auswahl der Träger der Regionalzentren für demokratische Kultur erfolgt im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens und ist jeweils auf eine bestimmte Laufzeit begrenzt. Dazu werden Träger aufgefordert, geeignete, bedarfsorientierte Konzepte zur Umsetzung des Regionalzentrumskonzeptes vorzulegen, die sich in hohem Maße an den Gegebenheiten vor Ort, an den vorhandenen Problemlagen, Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern sowie weiteren Akteurinnen und Akteuren ausrichten.

Das Interessenbekundungsverfahren richtet sich an Träger und Einrichtungen aus Mecklenburg-Vorpommern, die als Betreiber bewährter Beratungsprojekte über vielfältige Erfahrungen mit demokratiestärkenden Maßnahmen und im zivilgesellschaftlichen Umgang mit Erscheinungen von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus verfügen.

Die Entscheidung über die Trägerschaft sowie über deren etwaige Laufzeitverlängerung und inhaltliche Anpassung des Auftrages trifft die IMAG „Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz“ der Landesregierung.

Die Finanzierung der Regionalzentren erfolgt bis zum Jahr 2027 (Ende der Förderperiode des Europäischen Sozialfonds ESF+ 2021 bis 2027) mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds sowie aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (2020 bis 2024) bzw. den entsprechenden Folgeprogrammen der Bundesregierung.

Die Rahmenbedingungen der Finanzierung sowie Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen sind in der „Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen für die Stärkung von Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern“ in der Fassung vom 15. August 2021 festgeschrieben. Die Richtlinie tritt am 31. Dezember 2028 außer Kraft.

Das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGuS) agiert als Bewilligungsbehörde für die Finanzierung der Regionalzentren im Rahmen der ESF+-Förderrichtlinie. Das LAGuS stimmt alle grundsätzlichen Fragen zur Zuwendung und Verwendungsnachweisprüfung sowie zur jährlichen Berichterstattung mit der Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz in der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern ab.

Die Beantragung, der Einsatz und die Abrechnung der für die Finanzierung der Regionalzentren eingesetzten Bundesmittel obliegen der Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz.

Abweichungen vom eingereichten Trägerkonzept (Standort, Personaleinsatz, inhaltliche Ausrichtung) sowie den mit Antragstellung jeweils einzureichenden Projektbeschreibungen und Maßnahmenplänen sind mit der Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz in der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern abzustimmen. Im Falle von Standortänderungen oder einer inhaltlichen Neuausrichtung ist zudem die Zustimmung der IMAG „Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz“ erforderlich.

Jedes Regionalzentrum ist mit vier Vollzeitstellen ausgestattet. Ausnahmen sind nur in begründeten Fällen und mit vorheriger Zustimmung der Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz möglich. Es ist eine Personalkontinuität zu sichern, die die Qualität und Zuverlässigkeit der Arbeit gewährleistet. Ein Wissenstransfer muss im Fall von Personalwechseln durch die Regionalzentren gewährleistet werden.

Die Teams der Regionalzentren sollen möglichst multiprofessionell zusammengesetzt sein. Orientierung bietet das im Qualitätshandbuch hinterlegte Stellenprofil für Beratende im landesweiten Beratungsnetzwerk.

Eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter leitet das Team des Regionalzentrums und steht als Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner der Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz zur Verfügung. Die Verantwortung für die Umsetzung von Formaten der regionalen Zusammenarbeit liegt bei der Leitung des jeweiligen Regionalzentrums.

Supervision, Fort- und Weiterbildungen sowie eine professionelle Bearbeitung der Bedrohungssituation sind für die Mitarbeitenden der Regionalzentren unerlässlich und daher vom Träger nach vorheriger Abstimmung mit der Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz einzuplanen. Im Rahmen der pauschalen Finanzierung sind die hierfür erforderlichen Mittel veranschlagt.

7. Öffentlichkeitsarbeit

Die Regionalzentren für demokratische Kultur sollen jeweils in ihrer regionalen Zuständigkeit klar erkennbar sein. Hierzu betreibt jedes Regionalzentrum eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit in seiner Region.

Ziele dabei sind,

- den Bekanntheitsgrad und die Reichweite durch die Erkennbarkeit als Regionalzentren und deren konkreter Angebote zu vergrößern,
- eine hohe Transparenz der Arbeitsweise, Expertise, Angebote und Zuständigkeiten der Regionalzentren in der jeweiligen Region zu sichern,
- das vorhandene Vertrauen in die Qualität und Zuverlässigkeit der Arbeit der Regionalzentren zu erhalten und weiter auszubauen,
- das in den Regionalzentren vorhandene Fachwissen zu verbreiten, transparent und nutzbar für die breite Öffentlichkeit zu machen,
- neue Zielgruppen, bezogen sowohl auf potenzielle Beratungsnehmende als auch Mitstreitende, zu erreichen,
- die Regionalzentren als Teil des landesweiten Beratungsnetzwerkes darzustellen.

Insbesondere einem gemeinsamen Internetportal zu den Regionalzentren kommt eine besondere Bedeutung zu, um Transparenz und eine bessere Erkennbarkeit über die vorhandenen Angebote, Expertise und Ansprechpersonen mit Zuständigkeiten zu schaffen und der breiten Öffentlichkeit einen einfachen Zugang zu den Angeboten der Regionalzentren zu gewähren. Damit soll auch ein nach außen klar erkennbares Profil der fünf Regionalzentren und deren Angebote in den Regionen sein.

Um diese Ziele zu erreichen, werden die folgenden Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit durch die Regionalzentren eingesetzt und durch die Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz gesteuert und nachgehalten:

- gemeinsames Internetportal für die Vorstellung der Regionalzentren und ihrer Angebote (koordiniert durch LKS),
- Einführung einer gemeinsamen Wort-Bild-Marke der Regionalzentren für eine bessere Erkennbarkeit (koordiniert durch LKS),
- eigene separate Mailadresse für jedes der Regionalzentren
- Aufsteller (Roll-Up) mit Informationen über die Regionalzentren, die bei allen Veranstaltungen der jeweiligen Regionalzentren zum Einsatz kommen,
- Pressearbeit,
- Veranstaltungen,
- Erstellen von Informationsmaterialien, Podcasts usw.,
- regelmäßige Informationsweitergabe zu den Angeboten der Regionalzentren an Vereine, Verbände, Städte, Landkreise, Träger etc., sodass diese auf deren jeweiligen Internetseiten sowie in regionalen und überregionalen Netzwerkveranstaltungen auf die Angebote aufmerksam machen können.

8. Koordinierung und Steuerung durch die Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz in der Landeszentrale für politische Bildung

Die landesweite Koordinierung und Steuerung der Regionalzentren erfolgt durch die Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz in der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern.

Alle grundsätzlichen Beschlüsse, die die Regionalzentren für demokratische Kultur und das landesweite Beratungsnetzwerk betreffen, werden durch die IMAG „Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz“ getroffen. Die Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz fungiert als Geschäftsstelle der IMAG. Sie koordiniert die Umsetzung des Landesprogrammes „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ und die damit einhergehenden Prozesse im Land zur Stärkung von Demokratie, Toleranz, der Zivilgesellschaft sowie der Extremismusprävention.

Folgende Aufgaben zur Sicherung und Koordinierung der Arbeit der Regionalzentren obliegen der Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz:

- konzeptionelle Weiterentwicklung der Arbeit der Regionalzentren für demokratische Kultur in Abstimmung mit der IMAG „Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz“,
- administrative Abwicklung der für die Regionalzentren eingesetzten Mittel aus Bundesprogrammen (Antragstellung, Abrechnung, Berichterstattung),
- Ausübung der Fachaufsicht über die Bewilligungsbehörde LAGuS bei der Umsetzung der Förderung der Regionalzentren mit ESF-Mitteln,

- Auswertung der Controllinginstrumente wie Berichte, Evaluationen und Dokumentationen sowie Festlegung daraus abzuleitender Maßnahmen,
- Abstimmung der jährlichen Maßnahmenplanungen mit den Regionalzentren und ihren Trägern,
- Vor- und Nachbereitung sowie Durchführung von bedarfsorientierten Treffen der Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz mit den Trägern der Regionalzentren,
- Koordinierung der Zusammenarbeit im landesweiten Beratungsnetzwerk und Sicherung des Informationstransfers im Netzwerk,
- beratende und begleitende Unterstützung der Arbeit der Regionalzentren,
- Weitergabe der für die Arbeit der Regionalzentren relevanten, wesentlichen Informationen,
- Berichterstattung über die Arbeit der Regionalzentren in der IMAG „Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz“, gegenüber dem Kabinett und dem Landtag sowie dessen Ausschüssen,
- Steuerung des Qualitätsentwicklungsprozesses und Qualitätssicherung,
- Steuerung und Koordinierung der Beteiligung der einzelnen Regionalzentren bei landesweiten Anfragen und Aufgaben unter Berücksichtigung der geforderten themenspezifischen Expertise (z. B. Institut für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern, Bundespolizei, Bundeswehr, Schabernack – Zentrum für Praxis und Theorie der Jugendhilfe e. V., FHöVPR M-V Güstrow sowie weitere Hochschulen und Universitäten),
- Abstimmung der Vorgehensweise und Handlungsmöglichkeiten bei neu auftretenden Herausforderungen unter Einbeziehung des landesweiten Beratungsnetzwerkes und insbesondere der Regionalzentren für demokratische Kultur.

Die Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz ist darüber hinaus verantwortlich für

- die bedarfsorientierte Planung und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen und Austauschformaten für die Mitglieder des landesweiten Beratungsnetzwerkes sowie Kooperationspartnerinnen und -partner.
- die Bewilligung bzw. Organisation von Fortbildungen für Einzelpersonen, sollten diese für die bedarfsgerechte Erweiterung der Kompetenzen des landesweiten Beratungsnetzwerkes notwendig sein und der Umsetzung des Landesprogrammes „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ dienen.
- die Begleitung und Koordinierung der Zusammenarbeit im Rahmen des Landesprogrammes mit weiteren Akteuren im Feld der Demokratiestärkung (z. B. Angebote der kommunalen Konfliktberatung).

Lenkungsgruppe „Regionalzentren“ zur strategischen Planung und Berichterstattung

Um strategische Entscheidungen, Situationsanalysen und Schwerpunkte der Arbeit besser abzustimmen, wird es zukünftig eine Lenkungsgruppe „Regionalzentren“ geben. Diese besteht aus den Leitungen der Regionalzentren für demokratische Kultur, der Direktion der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern sowie der Leitung der Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz. Externe Expertinnen und Experten werden bei Bedarf hinzugezogen.

Die Lenkungsgruppe arbeitet auf Grundlage einer Geschäftsordnung und trifft sich halbjährlich sowie anlassbezogen. Die Lenkungsgruppe trifft strategische Entscheidungen hinsichtlich der Arbeit der Regionalzentren, insbesondere bezogen auf überregionale externe Anfragen, Vertiefungsschwerpunkte, Handlungsmöglichkeiten bei neuen Herausforderungen, gezielte Öffentlichkeitsarbeit, Berichterstattung, Indikatorenerfüllung, Evaluationen und wissenschaftliche Begleitungen sowie Schwerpunktsetzungen für das jeweils kommende Geschäftsjahr der Regionalzentren.

9. Qualitätssicherung

Seit dem Jahr 2012 beteiligen sich die Regionalzentren am Qualitätssicherungsverfahren des landesweiten Beratungsnetzwerkes, durch das verbindliche Rahmenstandards der Arbeit formuliert wurden. Die Regionalzentren für demokratische Kultur und alle weiteren, im landesweiten Beratungsnetzwerk mitarbeitenden Beratungsprojekte arbeiten nach diesen einheitlichen Qualitätsstandards. Es wird die erneute Testierung der Regionalzentren für demokratische Kultur als Teil des Beratungsnetzwerkes Demokratie und Toleranz angestrebt.

Seit dem Jahr 2013 liegt hierzu ein Qualitätshandbuch vor, das allen Mitarbeitenden zur Verfügung steht. Das Handbuch enthält das gemeinsame Leitbild sowie Standards und Verfahren zur Zusammenarbeit, Struktur und zum Personal des Beratungsnetzwerkes, interner Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Dokumentation und Evaluation von Beratungsprozessen sowie die Definition und Indikatoren gelungener Beratung. Das Qualitätshandbuch wird fortlaufend aktualisiert, um neue Entwicklungen und Vorgaben abzubilden.

Die Qualitätsstandards sowie die entsprechenden Instrumente und Verfahren werden fortlaufend in der Arbeitsgruppe Qualität des landesweiten Beratungsnetzwerkes unter Federführung der Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz überprüft und weiterentwickelt. Die Regionalzentren bringen ihre Expertise in die Qualitätsentwicklungsprozesse ein.

Im Rahmen des Auswahlverfahrens für die Trägerschaft der Regionalzentren muss mit den einzureichenden Unterlagen nachgewiesen werden, dass die Träger nach den im Qualitätshandbuch des landesweiten Beratungsnetzwerkes festgeschriebenen Qualitätsstandards arbeiten. Dies ist ein Erfordernis gemäß der „Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen für die Stärkung von Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern“.

Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland
ESF	Europäischer Sozialfonds
FHöVPR M-V	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege Mecklenburg-Vorpommern
IB	Identitäre Bewegung
IMAG	Interministerielle Arbeitsgruppe
IQ M-V	Institut für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern
KuBES	Kooperations- und Beratungssystem für Eltern und Schule
LAGuS	Landesamt für Gesundheit und Soziales
LKS	Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ZDS	Zentraler Fachbereich für Diagnostik und Schulpsychologie